

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 4

Artikel: NW-Gespräch mit Peter Bosshard : solidarisches Nein zu IWF und Weltbank?
Autor: Bosshard, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143686>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solidarisches Nein zu IWF und Weltbank?

«2x ein solidarisches Nein» empfehlen die Organisationen, die das Referendum gegen den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank unterstützen. Ihnen geht es um eine breite Diskussion über die Ursachen der Verelendung in der Dritten Welt und um die Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen die Rolle des IWF als «internationales Betreibungsamt». Im folgenden Gespräch wollte der Redaktor der Neuen Wege von Peter Bosshard wissen, mit welchen Argumenten die Erklärung von Bern/deutsche Schweiz den Abstimmungskampf führen möchte, damit das zu erwartende Nein als Option für eine solidarische Schweiz wirksam werden könnte. Red.

Für eine Demokratisierung internationaler Organisationen

NW: Am kommenden 17. Mai stimmen wir über den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank ab. Peter Bosshard, Du bist Sekretär der Erklärung von Bern/deutsche Schweiz, einer jener entwicklungspolitischen Organisationen, die das Referendum gegen diesen Beitrittsbeschluss der eidgenössischen Räte ergriffen haben. Ist Euch der Glaube an die Veränderbarkeit dieser beiden Weltorganisationen endgültig abhanden gekommen?

Peter Bosshard: Sogar die Organisationen mit der verwerflichsten Politik können grundsätzlich verändert werden. IWF und Weltbank sind Ausdruck des politischen Willens der sie kontrollierenden Mitgliedsländer. So wie die Politik dieser Länder verändert werden kann, so können langfristig auch diese Organisationen verändert werden. Ich zähle allerdings nicht zu jenen Leuten, die die Lösung der grossen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der Welt von solchen Institutionen erwarten. Auch in Zukunft werden Lösungen gegen sie durchgesetzt werden müssen. Echte Lösungen können nur demokratisch, unter Mitbeteiligung der direktbetroffenen Bevölkerungsgruppen, zustande kommen. Das widerspricht aber gerade dem Funktionsprinzip der beiden Institutionen. Um sie

von innen zu verändern, brauchte es einen klaren politischen Willen. Diesen vermissen wir im Fall der Schweiz.

NW: Ursprünglich stelltet Ihr den eidgenössischen Räten Bedingungen, bei deren Verwirklichung Ihr auf das Referendum verzichtet hättet. Welche Elemente fehlen Euch in der heutigen Vorlage?

Peter Bosshard: Es gibt Elemente, die uns zu unverbindlich sind, und andere, die wir überhaupt vermissen. Wir stellten zwei Hauptbedingungen: Einerseits verlangten wir eine Bindung der schweizerischen Vertretung in diesen Institutionen an das Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit. Doch die Botschaft spricht nur sehr vage von entwicklungspolitischen Grundsätzen, die berücksichtigt werden müssten. Damit sind aber nicht einmal die gesetzlichen Grundsätze für die Entwicklungszusammenarbeit gemeint. Der Bundesrat hat sich erst noch dagegen ausgesprochen, dass diese Berücksichtigung verbindlich sein müsste. Das ist eine typische Konkordanzformel, mit der wir nichts in der Hand haben. Die zweite Hauptbedingung war die Transparenz bzw. die öffentliche Kontrolle der schweizerischen Politik in IWF und Weltbank, damit es nicht bei den schönen Absichtserklärungen bliebe. Statt der Kontrolle wurde aber nur die Konsultation einer – in sich selbst wieder intransparenten – Kommission zugestanden.

Weitere Forderungen sind überhaupt nicht berücksichtigt worden: Der Bundesrat hat es zum Beispiel abgelehnt, dass die Schweiz eine Demokratisierung dieser beiden Organisationen unterstützen müsste. Aus der Diskussion gefallen ist auch der entwicklungspolitische Tatbeweis, den der Bundesrat durch gewisse Strukturanpassungen im Interesse des Südens hätte erbringen müssen.

NW: Was hiesse Demokratisierung des IWF?

Peter Bosshard: Wir forderten eine ausgeglichene Verteilung der Stimmrechte, zumindest gemäss den Vorschlägen der «Gruppe der 24», welche die Position der Dritten Welt in diesen Institutionen vertritt. Das könnte bis zum Prinzip «*one country – one vote*» gehen, das müsste aber zumindest darin bestehen, dass die verschuldeten Länder gleichviel Stimmrechte erhielten wie die Gläubigerländer. Heute kontrollieren die Industrieländer 63 Prozent der Stimmen.

Demokratisierung dieser Institutionen müsste sinnvollerweise auch bedeuten, dass der Projektzyklus bei der Weltbank und die Entscheidungsprozesse bei IWF-Programmen soweit verändert würden, dass nicht mehr nur mit Finanzministerien verhandelt würde, sondern dass auch die betroffenen Bevölkerungsschichten ein *Informations- und Mitentscheidungsrecht* über diese Projekte und Programme erhielten.

NW: Was aber wieder demokratische Strukturen in den betroffenen Ländern voraussetzen würde.

Peter Bosshard: Nicht unbedingt. Ein Informations- und Mitentscheidungsrecht der betroffenen Bevölkerungsgruppen über ein bestimmtes Weltbankprojekt liesse sich in den Statuten der Weltbank verankern und müsste damit von allen interessierten Regierungen zugestanden werden.

Die Rolle der Schweiz im «internationalen Betreibungsamt»

NW: Was sagt Ihr in dieser Abstimmungskampagne den Leuten? Welches sind, abgesehen von der fehlenden Demokratie in IWF

und Weltbank, Eure hauptsächlichsten Kritikpunkte an diesen beiden Institutionen?

Peter Bosshard: Auf Abstimmungsplakaten und bei der Diskussion auf der Strasse muss natürlich vereinfacht werden. Wir knüpfen an bei den Ungerechtigkeiten des bestehenden Weltsystems, zum Beispiel bei den Anpassungsprogrammen, die den Hunger und die Armut vergrössern, zu Cholera führen oder die natürliche Umwelt zerstören. Dabei können wir immer auch über Machtinteressen sprechen und diese mit *Mechanismen innerhalb der Schweiz* vergleichen. Der IWF erscheint so als ein internationales Betreibungsamt. Mit der grosszügigen Behandlung von Grossschuldnern wie Werner K. Rey kontrastiert die Behandlung von Kleinkreditschuldnern; analog bedeutet die Verschuldung für die USA etwas ganz anderes als für ein Drittweltland wie Mali oder Peru. Auf solche Probleme sind die Leute ansprechbar.

Wichtig aus der Sicht der Erklärung von Bern ist die Diskussion über die Rolle der Schweiz. Wir müssen aufzeigen, worin der Beitrag der Schweiz für eine gerechtere Welt bestehen könnte, nämlich im Weniger-Nehmen, in der Veränderung hier im eigenen Land. Beim Referendum geht es also gar nicht nur um die Funktionsweise von IWF und Weltbank, sondern vor allem um die Frage, was denn die Rolle der Schweiz bisher war und wie diese Rolle verändert werden müsste.

Uneinige Hilfswerke – «unheilige Allianzen»

NW: Ein Teil der entwicklungspolitisch engagierten Seite hat 58 000 Unterschriften gesammelt. Die grösseren Hilfswerke standen jedoch beiseite, eines von ihnen gibt nun sogar die Ja-Parole heraus. Selbst die Erklärung von Bern/Romandie befürwortet den Beitritt. Warum ist es nicht gelungen, Übereinstimmung in der Beurteilung des IWF und der Weltbank zu erzielen?

Peter Bosshard: Zum einen gibt es sicher auch innerhalb der entwicklungspolitischen Organisationen und Hilfswerke *unterschiedliche Weltanschauungen*. Es gibt hier Leute, die die Probleme bewusst politisch

analysieren, bis hin zu Leuten, die auf technische Lösungen und verbesserte Effizienz setzen. Von daher ist es naheliegend, dass auch die Rolle von IWF und Weltbank unterschiedlich beurteilt wird. Wichtiger für die Differenzen war jedoch die strategische Einschätzung der Möglichkeiten eines Referendums...

NW: ...und auch die Einschätzung der Rolle der Schweiz im Falle eines Beitritts zu IWF und Weltbank.

Peter Bosshard: Ganz klar. Da gibt es auch markante Unterschiede in der Beurteilung der Rolle der Schweiz in der Welt...

NW: ...und der Veränderbarkeit dieser Rolle?

Peter Bosshard: Nicht einmal. Für wichtige Hilfswerke muss die Rolle der Schweiz nicht unbedingt verändert werden. Es geht ihnen, überspitzt gesagt, vor allem um mehr Geld und mehr Entwicklungszusammenarbeit. Andere Hilfswerke leisten eine sehr gute politische Inlandarbeit.

NW: Eure Auffassung, dass es bei der Drittweltpolitik in erster Linie darum gehe, weniger zu nehmen, und nicht so sehr darum, mehr zu geben, wäre also nicht die «unité de doctrine» aller Hilfswerke?

Peter Bosshard: In der Praxis nicht. Das Weniger-Nehmen wird von den meisten wichtigen Hilfswerken zwar als Grundsatz anerkannt. Die Differenzen entstehen jedoch bei der Gewichtung in der Praxis, bei der politischen Arbeit und beim Spendensammeln in der Schweiz sowie bei der eigentlichen Projektarbeit in der Dritten Welt.

NW: Werden diese Differenzen unter den verschiedenen Hilfswerken auch diskutiert?

Peter Bosshard: Ich sehe eine kritische Diskussion in der Frage der Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit. In der Frage des IWF-Referendums dagegen haben wir diese Diskussion nicht ausreichend geführt.

NW: Auch die reaktionäre Rechte ist nicht untätig geblieben und hat 40 000 Unter-

schriften zum Referendum beigesteuert. Ist es sinnvoll, diese «unheilige Allianz» gegen IWF und Weltbank einzugehen?

Peter Bosshard: Ich glaube, dass sich die Frage der «unheiligen Allianzen» auch in Zukunft immer wieder stellen wird. Für die ganze Linke ist es noch eine *ungelöste Hausaufgabe*, wie wir damit umgehen wollen. Die Antwort kann ja nicht darin liegen, dass die Aussicht auf solche Allianzen unsere politischen Aktivitäten lähmen dürfte. Unter dieser Bedingung hätten wir selbst das Referendum gegen die Bundessicherheitspolizei (Busipo) nicht lancieren können, weil damals die föderalistische Rechte auch gegen diese Vorlage war. In der Europafrage würde das sogar bedeuten, dass wir ohne Bedingungen und kritische Auseinandersetzungen in die EG marschieren müssten. Die Linke sollte demgegenüber klarstellen, dass sie für die Öffnung der Schweiz ist, dass diese Öffnung aber auf einem bestimmten politischen Konzept beruht und dass wir sie mit unseren Bedingungen verknüpfen. Wir können uns nicht von Anfang an die Hände binden und uns die eigenen politischen Positionen von der isolationistischen Rechten diktieren lassen.

Im übrigen geraten auch die linken Befürworterinnen und Befürworter des IWF in eine etwas seltsame Allianz von der Bankgesellschaft bis zur Nationalbank.

NW: Ihr wolltet die Abstimmungskampagne zur Sensibilisierung für die Belange der Zweidrittelwelt nutzen. Ist dies noch möglich? Ist die Zeit dazu nicht viel zu kurz? Und kann es Euch überhaupt noch gelingen, die Themenführerschaft gegenüber der reaktionären Rechten zu behaupten?

Peter Bosshard: Ich stelle fest, dass entgegen allen Unkenrufen bisher eindeutig die entwicklungspolitische Seite die Themenführerschaft behauptet hat. Ich stelle auch fest, dass auf der Rechten selbst die wichtigsten Informationen über die Politik von IWF und Weltbank vollständig fehlen. Das rechte Komitee war nicht einmal fähig, einigermaßen aussagekräftige Argumente auf seinem Unterschriftenbogen zu formulieren. Von daher bin ich optimistisch, dass wir die Themenführerschaft behaupten können. Das al-

lein kann uns aber nicht genügen. Wenn wir mit diesem Referendum nicht nur den Status quo bestätigen, sondern den politischen Druck für unsere Alternativen zur heutigen Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz verstärken wollen, dann brauchen wir dazu eine sehr gute Kampagne. Durch die unglückliche Terminierung des Abstimmungsdatums wurde die Zeit aber tatsächlich kurz. Um unserem Anspruch zu genügen, müssen wir noch sehr viel unternehmen.

Schwierige Lobbyarbeit

NW: *Ist es nicht überhaupt problematisch, eine Abstimmungskampagne zur Sensibilisierung einsetzen zu wollen? Wäre es nicht sinnvoller gewesen, den Beitritt zu befürworten, um dann permanent zu dieser Sensibilisierung beitragen zu können? Ihr hättet der Delegation der Schweiz in IWF und Weltbank auf die Finger schauen und transparent machen können, was unser Land in diesen Gremien anrichtet. Dann wäre daraus viel eher ein Dauertraktandum schweizerischer Innenpolitik geworden.*

Peter Bosshard: Das ist eine Strategie, auf die wir im Falle des Beitritts setzen müssten. Es ist allerdings eine Strategie, die für Bewegungen und Organisationen, die innerhalb des politischen Spektrums Randthemen vertreten, klare Grenzen findet. Um das an einem Beispiel zu zeigen: Im Fall der *Exportrisikogarantie (ERG)* haben die Hilfswerke wie auch die Erklärung von Bern seit rund zehn Jahren eine permanente, kritische Arbeit geleistet, mit zahlreichen gut dokumentierten Fallstudien über Projekte, die nach allen überhaupt möglichen Massstäben gescheitert sind. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat sich hinter unsere Kritik gestellt. Selbst der Bundesrat hat beschlossen, die ERG-Kommission über Bundesverwaltung und Exportindustrie hinaus zu öffnen. Und wer vertritt jetzt die Hilfswerke und entwicklungspolitischen Organisationen? Es ist wiederum die Verwaltung, konkret die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH). Nach zehn Jahren Lobbyarbeit eine offene Ohrfeige ins Gesicht der Hilfswerke. Von daher sind wir als Organisationen, die Randinteressen vertreten, eben doch ge-

zwungen, von Zeit zu Zeit mit Mitteln wie einem Referendum unser *politisches Gewicht zu demonstrieren* und dem normalen politischen Prozess in die Räder zu greifen, damit unsere Interessen in Zukunft stärker berücksichtigt werden.

NW: *Ich nehme an, dass die Abstimmung deutlich gegen den Beitritt zu IWF und Weltbank ausfallen wird. Was aber ist damit gewonnen? Wie sollen Regierung und Parlament das Abstimmungsergebnis interpretieren, wenn Rechte wie Linke den Erfolg für sich beanspruchen?*

Peter Bosshard: Die Antwort hat zwei Teile. Zum einem müssen wir zum voraus die Themenführerschaft behaupten, damit die Bevölkerung am 17. Mai über eine entwicklungspolitische Frage und *nicht über eine Budgetfrage* abstimmt. Nur so haben wir die stärkere Legitimation, um einen Abstimmungserfolg in unserem Sinn zu interpretieren.

Zum andern stelle ich angesichts dieser Konstellation eine *taktische Gegenfrage*: Wie hätten wir uns denn anders verhalten sollen? Wäre es sinnvoll gewesen, uns entgegen unserer Einschätzung ins Lager der Befürworter und damit auch der mutmasslichen Verlierer zu schlagen, während die eigene politische Basis nach all unserer Sensibilisierungsarbeit in den letzten Jahren dennoch gegen den Beitritt stimmen würde?

So wie es jetzt möglicherweise herauskommt, müssen wir uns mit der isolationistischen Rechten um den Erfolg streiten. Sonst aber hätten wir die Niederlage zum voraus akzeptiert und den *Erfolg der isolationistischen Rechten* überlassen, was gar nicht der Stimmung an unserer Basis entsprochen hätte.

NW: *Ich könnte mir vorstellen, dass diese isolationistische Rechte Eure Argumente auch für sich selber instrumentalisiert. Es heisst dann: Wir sind gar nicht isolationistisch, denn selbst die Erklärung von Bern/ deutsche Schweiz ist gegen diese Vorlage.*

Peter Bosshard: Tatsächlich lesen wir auf dem Unterschriftenbogen, dass der IWF und die Weltbank für die katastrophale Verschul-

derung der Drittweltländer verantwortlich sein. Das ist natürlich vereinfacht, aber es ist eine richtige Kritik. Die Leute sehen gerade wegen unserer Arbeit, dass dieses System nur den Interessen des reichen Teils der Weltbevölkerung dient. Jetzt gibt es einmal die Möglichkeit, dazu nein zu sagen. Ich glaube, dass das für viele ein wichtiges Motiv sein wird.

NW: Verschafft Ihr so den isolationistisch denkenden Leuten nicht auch noch das gute Gewissen?

Peter Bosshard: Ich glaube nicht, dass diese Leute für ihr Gewissen auf unsere Zustimmung angewiesen sind.

Die Mobilisierung nutzen, die vom Referendum ausgeht

NW: Wie soll es weitergehen, a) wenn Ihr die Abstimmung verliert, b) wenn Ihr sie gewinnt?

Peter Bosshard: Wenn wir die Abstimmung verlieren, dann hoffe ich, dass wir dank dem Referendum die Behörden dazu gezwungen haben, ihre vagen rhetorischen Zugeständnisse im Abstimmungskampf zu konkretisieren und auf dieser Basis unsere Lobbyarbeit gegenüber der schweizerischen Vertretung in diesen Institutionen zu erleichtern. Wenn wir die Abstimmung gewinnen, dann müssen wir versuchen, diesen Sieg im Sinn unserer Basis zu nutzen, nicht als Bestätigung des Status quo, sondern als *Absage an ein Weltsystem*, das von der Schweiz mitgetragen wird, auch als Absage an die Rolle unseres Landes, die nur wirtschaftlichen Eigeninteressen dient. Dann wird es wichtig sein, für die nähere Zukunft konkrete politische Vorstösse zu unternehmen und öffentliche Kampagnen durchzuführen. Pläne bestehen ja bereits für eine Fluchtgeldkampagne und für eine Klimakampagne. Wir müssen die Mobilisierung nutzen, die dank dem Referendum möglich wurde.

NW: Wo soll dann die Schweiz noch multilateral wirken zugunsten der Dritten Welt?

Peter Bosshard: Noch vor dem 17. Mai möchten wir ein Konzept für das Verhältnis

der Schweiz zu den internationalen Organisationen vorschlagen. Unserer Meinung nach muss dieses Verhältnis auf bestimmten politischen Werten beruhen. Ausgehend von der Überzeugung, dass in Zukunft *Aussenpolitik auch Weltinnenpolitik* sein wird, muss die Aussenpolitik der Schweiz in internationalen Organisationen gewisse politische Ziele verfolgen, wie insbesondere die soziale Gerechtigkeit, die Demokratisierung auf internationaler Ebene und die Durchsetzung eines umweltverträglichen Entwicklungsmodells in Nord und Süd. Die schweizerischen Behörden sollen dann die Frage beantworten, welche internationalen Institutionen und Abkommen diesen Zielen dienen. Hier sollen wir unterzeichnen und beitreten. Vor allem bei den internationalen Konventionen gäbe es für die Schweiz noch ein breites Betätigungsfeld, um ihre Weltoffenheit zu demonstrieren.

NW: Würde das auch heissen, dass die Schweiz überhaupt nicht mehr mit IWF und Weltbank zusammenarbeiten dürfte, wie es heute informell bereits geschieht?

Peter Bosshard: Ich habe schon den Eindruck, dass derjenige Teil der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, der über solche Kanäle fliesst, nicht den fortschrittlichen Grundsätzen des Gesetzes über die Entwicklungszusammenarbeit entspricht. Es kann sinnvoll sein, in bestimmten Gremien, z.B. dem neuen Umweltfonds der Weltbank, mitzuwirken und gerade dort die Interessen der Bevölkerungsmehrheit in der Dritten Welt wahrzunehmen. Es gibt durchaus positive Ansätze in verschiedenen schweizerischen Verwaltungsstellen. Wäre der politische Wille vorhanden, diese Ansätze auch gesamtpolitisch umzusetzen, würde ich eine solche *Zusammenarbeit nicht ausschliessen*, genau wie wir ja auch nicht zum vornherein nein gesagt haben zum Beitritt zu diesen Institutionen.

NW: Peter Bosshard, ich danke Dir für dieses informative Gespräch. Ich wünsche Dir und der Erklärung von Bern viel Erfolg in diesem schwierigen Bereich der entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung in der Schweiz, wie immer die Abstimmung am 17. Mai ausfallen mag.